

Tepco verzichtet auf Reaktor-Flutung Kein Plan B in Fukushima

Worst-Case-Szenarios gibt's für Tepco nicht. Der Konzern setzt jetzt auf zirkulierendes Wasser in den Sicherheitsbehältern. Im Januar soll die Krise mit einem "Cold Shutdown" enden. VON MARTIN FRITZ

TOKIO *taz* | Trotz der mutmaßlichen Kernschmelze in drei Atommeilern und Lecks in den Reaktor- und Sicherheitsbehältern hält der Betreiber des AKW Fukushima, Tepco, an seinem Zeitplan für die Sanierung fest, der vor einem Monat vorgelegt wurde.

Demnach soll bis Juli wieder die Kühlung der Reaktorkerne funktionieren und bis Januar ein "Cold Shutdown", die endgültige Stilllegung, erreicht sein. Allerdings verzichtet der Stromversorger auf das bislang geplante "Wassergrab" für die Reaktoren, weil sie undicht sind.

Anstatt jeweils die Sicherheitsbehälter zu fluten, soll das in ihnen schon vorhandene Wasser zirkulieren und über Wärmetauscher abgekühlt werden. Dadurch würde die Menge radioaktiv verseuchten Wassers nicht mehr zunehmen. Bis Juli sollen auch Wärmetauscher für die Abklingbecken mit verbrauchten Brennstäben in den Reaktoren 1, 3 und 4 installiert sein. Die Dekontaminierungsanlage für das verstrahlte Wasser, das in den Kellern der Reaktoren steht, soll im Juli fertig werden.

Skepsis selbst in Japan

Doch in Japan bleibt man skeptisch, ob die ehrgeizigen Vorgaben einzuhalten sind. Tepco solle mehr als eine Option in seinem Sanierungsplan vorsehen, forderte die Zeitung *Asahi*. Es müsse auch einen Plan B und ein Szenario für den schlimmsten Fall geben. Dagegen betonte Regierungsberater Goshi Hosono von der Demokratischen Partei, der Zeitplan sei realistisch. Einige der Reaktoren würden sich schon dem "Cold Shutdown" nähern.

Die Regierung verabschiedete daher einen Unterstützungsplan für die evakuierten Bewohner der Sperrzone um das AKW. Der Staat habe die Atomenergie gefördert, deswegen sei er für die Opfer verantwortlich, betonte Wirtschaftsminister Banri Kaieda. Nach diesem Zeitplan können die Evakuierten Ende Mai ihre Autos aus der Zone holen.

Not-Häuser und Gesundheitskontrollen

Bis August sollen 15.200 Behelfsbauten für die Evakuierten in der Präfektur Fukushima entstehen. Möglichst noch ab Mai sollen die Betroffenen gesundheitlich überwacht werden, und zwar weit über das Ende der Atomkrise hinaus. Vor Jahresende will man damit beginnen, die radioaktiven Trümmer zu beseitigen und die verstrahlten Böden an Schulen zu entfernen.

Unterdessen bleibt das Verfahren für die Entschädigung der Atomopfer weiter unklar. Die Regierung hatte am Freitag die Gründung eines staatlich gestützten Fonds für umgerechnet 43 Milliarden Euro beschlossen, um die Auszahlungen sicherzustellen. Der Betreiber Tepco sagte zu, einen radikalen Sparkurs einzuschlagen und seine Gewinne aus dem Stromgeschäft unbegrenzt in den Fonds einzuzahlen. Die Regierung hat den Plan aber davon abhängig gemacht, dass die Tepco-Geldgeber auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten, damit möglichst wenig Steuergeld für die Entschädigung eingesetzt wird. Doch die Banken lehnen einen Schuldenerlass ab, während Tepco sich gegen eine Rentenkürzung für seine Pensionäre wehrt. Alternativ ist daher eine Aufspaltung des Energieriesen im Gespräch.

Mehr zum Thema

[Erweitere Evakuierungszone um Fukushima - Ungewisse Zukunft](#)

[Havariertes AKW Fukushima - Tepcos Verteidigung bröckelt](#)

[Tepco pumpt tonnenweise Wasser ab - Bewohner verlassen Fukushima-Gebiet](#)

[Kernschmelze schlimmer als gedacht - Leck in Fukushima, Reaktor 1](#)

[Atomruine Fukushima - Wasser aus Kabelschächten](#)

20mai2011

<http://taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/kein-plan-b-in-fukushima/>